

**Antrag**

Fraktion der CDU  
Fraktion der SPD  
Fraktion der FDP  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 12.09.2011

**„Übergang Schule - Beruf“: Schule und Ausbildungssystem noch besser zusammenbringen  
- Fachkräftenachwuchs weiterhin sichern - Ausbildungsschleifen vermeiden**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Schon heute existieren vielfältige Maßnahmen und Modellprojekte im Bereich der Berufsorientierung in Niedersachsen, die einen reibungslosen und effektiven Übergang von Schulabgängern in die berufliche Ausbildung gewährleisten sollen. Die Finanzierung erfolgt hierbei auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Zentrales Ziel der vielfältigen Modellprojekte ist es, den Übergang von der Schule in den Beruf konstruktiv zu begleiten und durch frühzeitige Berufsorientierung und die stärkere Verzahnung zwischen allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen sowie den Betrieben weiterhin zu verbessern. Nach erfolgreichem Schulabschluss geht es primär darum, den Schulabgängern die direkte Aufnahme einer Ausbildungsstelle im dualen System zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist es erstrebenswert, die Vorbereitung auf den Übergang in die berufliche Ausbildung bzw. das Studium an allen Schulen noch effizienter als bisher zu gestalten und an aktuelle Herausforderungen anzupassen.

Nicht immer gelingt es Schülerinnen und Schülern jedoch, auf direktem Weg den Übergang in die berufliche Ausbildung oder ein erfolgreiches Studium zu finden. Vorhandene Unterstützungsmaßnahmen sollten daher besser als bisher aufeinander abgestimmt und für die Jugendlichen übersichtlicher gestaltet werden, um Brüche in der Ausbildung oder Umwege bei der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen zu vermeiden.

Deshalb gilt es auch, Personalressourcen zu fördern, um eine individuelle Betreuung von Schülerinnen und Schülern bei der Ausbildungsberatung und Berufsvermittlung zu gewährleisten und gleichzeitig effektiv in Betrieben um Ausbildungsplätze zu werben sowie kooperative Netzwerke zwischen Betrieben, Handwerksverbänden, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zu schaffen.

Schon jetzt muss zudem damit begonnen werden, für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 über die anstehende veränderte finanzielle Ausstattung und Gewichtung der Förderinstrumente zu diskutieren. Im Ergebnis muss gewährleistet werden, die Arbeit mit Modellprojekten im Bereich „Übergang Schule - Beruf“ auch in der künftigen Förderperiode 2014 bis 2020 erfolgreich fortsetzen zu können.

In diesem Zusammenhang wird es die Aufgabe der Landesregierung sein, anknüpfend an den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. Dezember 2010 zur Zukunft der Europäischen Kohäsions-Politik nach 2013 weiterhin mit Nachdruck bei EU-Kommission und -Parlament für die flächendeckende Förderung Niedersachsens aus den EU-Strukturfonds im Rahmen des Konvergenzgebietes und des RWB-Gebietes auch über 2013 hinaus einzutreten.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. weiterhin Projekte zu fördern, die sich für einen effizienten Übergang von Schulabsolventen in die betriebliche Ausbildung einsetzen,
2. gemeinsam mit Betrieben, Handwerkskammern, Verbänden, sozialen und kulturellen Einrichtungen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ein Netzwerk an außerschulischen Lernorten aufzubauen, an denen die Schülerinnen und Schüler Einblicke in die Arbeitswelt gewinnen und Eindrücke von den Anforderungen an verschiedene Berufe erhalten können,
3. in allen allgemeinbildenden Schulformen des Sekundarbereichs die Arbeit in Schülerfirmen zu fördern,
4. Betriebe im Bereich der Bewerberauswahl, durch Förderung der Ausbildungsfähigkeit und bei der Nachbetreuung auffällig gewordener Auszubildender während der Ausbildung zu unterstützen,
5. alle allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs, auch die Gymnasien, im Rahmen der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, dass die Schülerinnen und Schüler Klarheit über ihre individuellen Stärken und Schwächen und ihre beruflichen Wünsche gewinnen und ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt realistisch einschätzen können,
6. nach Bedarf Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner in allen Schulen zu benennen, welche die Jugendlichen bis zum gelungenen Übergang in eine Berufsausbildung oder ein Studium individuell begleiten und ihnen zur Beratung und Unterstützung zur Verfügung stehen,
7. die Berufsorientierungskonzepte an den Schulen im Rahmen der Qualitätssicherung regelmäßig zu evaluieren,
8. Publikationen und Veranstaltungen im Bereich praxisorientierter Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit Projektpartnern zu fördern,
9. zu prüfen, ob und wie EU-Mittel in der noch laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 sowie in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 zur Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen eingesetzt werden können.

#### Begründung

Es bestehen bereits heute vielfältige Möglichkeiten, Schule und Ausbildungssysteme unter Einbeziehung der berufsbildenden Schulen zur kooperativen Zusammenarbeit anzuregen.

Mit dem Ausbildungspakt 2010 bis 2013 sind die Niedersächsische Landesregierung und die zusammengeschlossenen Partner auf einem guten Weg, den Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss bis 2013 noch weiter zu reduzieren.

Daher ist es erforderlich, nachhaltige Maßnahmen weiterhin zu fördern, mit deren Hilfe junge Leute an der Nahtstelle von Schule und Berufsschule in Ausbildungsstellen gelotst und begleitet werden.

In Niedersachsen gibt es bereits vielfältige Projekte, die berufliche Orientierungshilfen im Schulunterricht verankern und mit großem Erfolg gewirkt haben. Dabei wird schon im Vorfeld bei der Einzelfallbetreuung vorrangig in Hauptschulen zur Erlangung des Schulabschlusses und anschließend einer Ausbildungsstelle angesetzt.

Als Beispiele wären hier zu nennen: Ausbildungslotsen an allgemeinbildenden Schulen, die sich im Gegensatz zur punktuellen Berufsberatung über einen längeren Zeitraum umfassend um Schülerinnen und Schüler kümmern. Bei „Pro Beruf“ kümmern sich hauptamtliche Fachleute an Förder-, Haupt- und Realschulen per Einzelfallbetreuung um Schülerinnen und Schüler und begleiten sie konstruktiv zum Schulabschluss und dann in eine duale Ausbildungsstelle. Niedersachsen ist darüber hinaus mit 107 Schulen am Projekt des BMBF „Abschluss und Anschluss - Bildungstreffen bis zum Ausbildungsabschluss“ sowie mit rund 100 Schulen am Projekt „Berufseinstiegsbeteiligung“ der Bundesagentur für Arbeit beteiligt. Des Weiteren sei an dieser Stelle auf weitere Projekte, wie z. B. „Auszubildende gesucht“, das Projekt „Schneller in Ausbildung“ (SiA) und ähnliche Qualifizie-

rungsmaßnahmen verwiesen, die eine Vermittlung von Jugendlichen in freie Ausbildungsplätze anstreben.

An dieser Stelle setzt die Initiative „Übergang Schule - Beruf“ an und wirkt im Verbund mit den im Niedersächsischen Ausbildungspakt 2010 bis 2013 angesprochenen Maßnahmen zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen und zur Gewinnung neuer Ausbildungsplätze.

Dies gilt auch für die neuen Fördereckpunkte des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vom 9. Februar 2010 für einzelne Modellprojekte betrieblicher Ausbildung und die Weiterentwicklung aller Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zu regionalen Kompetenzzentren gemäß Beschluss des Niedersächsischen Landtages vom 18. Februar 2010.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der SPD

Stefan Schostok  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stefan Wenzel  
Fraktionsvorsitzender